

II-6600 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 33021J

1992-07-09

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Peter, Mag. Schreiner  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend das Konkursverfahren der Firma W. Putz GesmbH & CoKG

Am 17.07.1985 wurde über die Firma W. Putz GesmbH & CoKG der Konkurs eröffnet, der von Herrn Dr. Dipl.-Ing. Wilhelm Putz seit diese Zeit als rechtswidrig vor dem Landesgericht Innsbruck bekämpft wird. Eine Schlüsselrolle in diesem Konkursverfahren spielten die unrichtigen Abgabenbescheide. Diese Unrichtigkeit wurde erst jüngst vom Konkursrichter in Wels festgestellt, der in der Zwangsausgleichstagsatzung vom 02. April 1992 zu S 45,46/85 am KG Wels zu Protokoll gab, daß die Abgabenbescheide des Finanzamts Gmunden überhöht seien und somit die Konkursforderungen des Finanzamts zu hoch sind.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie bereit, die laut konkursgerichtlicher Feststellung des Masseverwalters im Konkursverfahren S 45,46/85 um insgesamt 151,6 Millionen Schilling überhöhten unrichtigen Abgabenbescheide von Amts wegen richtigstellen zu lassen, um eine Benachteiligung der anderen 832 Gläubiger und der gemeinschuldnerischen W. Putz GesmbH & CoKG zu beseitigen?
- 2) Wenn ja: Wann wird dies der Fall sein?
- 3) Wenn nein: Warum nicht?

- 4) Wie lange wird das BMF noch die Privatbeteiligung im Strafverfahren 16 Hv 10/89, 19 Vr 10/90 in Kenntnis der überhöhten Abgabeforderungen aufrecht erhalten?
- 5) Sind Sie bereit, die Finanzbehörden anzuweisen, die Privatbeteiligung zurückzuziehen?
- 6) Wann wird das erfolgen?